

Wien, Mittwoch, den 17. Oktober 1923. 272Die Enquete über den Donaufreihafen.

Die gestern unterbrochene Enquete über die Schaffung eines Donaufreihafens wurde heute fortgesetzt und beendet. Bürgermeister Reumann eröffnete sie um 10 Uhr vormittags.

Vizepräsident des Transitverbandes Süss führt aus, daß in diesem Verbande 90 Prozent aller Interessenten, die sich mit dem Transitverkehr befassen, organisiert seien und erklärt im Namen des Verbandes vollstes Interesse an der Schaffung eines Zollfreihafens zu besitzen. Schon vor längerer Zeit habe sich der Verband selbst mit der Ausarbeitung eines derartigen Projektes beschäftigt, jedoch sei infolge der Ungunst der Verhältnisse eine Verwirklichung und endliche Regung aller in Betracht kommender Fragen unmöglich gewesen. Im Gegensatz zu dem Vertreter der Kammer für Arbeiter und Angestellte glaubt Herr Vizepräsident Süss betonen zu müssen, daß es notwendig sei, die bereits bestehenden Formen der Zollfreilager augrecht zu erhalten. Alle Wiener Firmen, die im Transithandel beteiligt sind, haben das grösste Interesse an der Schaffung eines Freihafens, und darum begrüsst Herr Vizepräsident Süss den Plan der Errichtung eines Freihafens aufs wärmste.

Direktor der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft Ing. Hollitscher erklärt im Namen der Gesellschaft die Aktion nach bestem Kräften unterstützen zu wollen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei. Direktor Hollitscher führt weiter aus, auf die technischen und wirtschaftlichen Fragen, die über den Rahmen der Enquete hinausgehen, nicht weiter eingehen zu können und hebt hervor, daß die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und auch die anderen Schiffahrtsgesellschaften in Wien die Umschlag-einrichtungen im Laufe der letzten 25 Jahre sowohl was die Menge der Güter als auch die technische Ausgestaltung betrifft, derart ausgebaut haben, daß Wien mit diesen Einrichtungen an erster Stelle unter allen Donauhafenstädten steht. Die bereits bestehenden Umschlagplätze und Einrichtungen dürfen in wirtschaftlicher Hinsicht nicht benachteiligt werden, durch die Schaffung der neuen Donauanlagen. Ich möchte damit schließen, daß ich erkläre, daß wir unsere langjährigen und reichen Erfahrungen gerne in den Dienst der Sache stellen werden.

Der Vertreter des Wiener Bankverbandes Von der Lippe führt aus: Der Herr Bürgermeister hat in seiner Einleitung zur Enquete hingewiesen, daß es notwendig sei, alle Faktoren der Wirtschaft über ihre Meinung zu befragen. Ich erkläre nun im Namen des Bankenverbandes, daß wir die Schaffung eines Freihafens in Wien auf das lebhafteste begrüßen, besonders wenn dieser rein Handels- und verkehrspolitischen Gründen geschaffen wird. Es wurden gestern zwei Gruppen von Projekten vorgelegt. Die eine Gruppe großzügig und weitaus greifend, die andere etwas mehr vorsichtig. Zur ersteren Gruppe gehört vor allem das Projekt der Schaffung eines neuen Donaukanals, ein Projekt, das nach meiner Meinung nicht leicht in Verwirklichung gesetzt werden kann, wegen der ganz ungeheuren Geldmittel, die dazu notwendig wären. Wir haben gestern in diesem Zusammenhang Summen nennen gehört, die ja dreifach so groß sind, als der Betrag der zur Schaffung der Wiener Stadtbahn notwendig war. In die Gruppe der nüchteren Projekte fallen die, die sich damit befassen, bereits bestehende Anlagen zu benützen und weiter auszubauen. So hat man besonders eine umfassende Ausgestaltung des Donaukanales im Auge, den man nur allzulang als einen bloßen Hochwasserschädling angesehen hat. Wenn aber dieser Kanal endlich auch, wozu er eigentlich bestimmt ist, Schiffe in grösserer Zahl auf seinem Rücken tragen wird, wird ganz besonders der zweite und dritte Bezirk einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren. Der Bankenverband wird jederzeit gern im Dienst der Sache stehen und hegt den Wunsch, daß das Projekt ehe baldigst in Tat umgesetzt werde.

R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Mittwoch, den 17. Oktober 1923.

Jede Woche 2400 Elektrizitätszähler. Bei den städtischen Elektrizitätswerken erfolgen zurzeit täglich 320 bis 360 Strombezugsanmeldungen. Die angemeldeten Anlagen sind zu überprüfen, anzuschließen und mit Zählern zu versehen. Der Zudrang um Anschlüsse erfolgt aber sehr ungleichmäßig. Den Höhepunkt bildet stets der Herbst.

Bei dieser Ungleichmässigkeit ist es für die Werke sehr schwer, den Maximalanforderungen prompt nachzukommen, Heuer um so schwerer, als auch der Abbau der sogenannten Pauschalanlagen erfolgt. Als nämlich nach dem Kriege lange Zeit keine Elektrizitätszähler zu haben waren und später zu deren Anschaffung die Geldmittel mangelten, haben die Elektrizitätswerke viele Anlagen pauschaliert und ohne Zähler belassen. Die Höchstzahl wurde mit 34.146 Anlagen erreicht. Da die erforderlichen Geldmittel nun schon seit längerer Zeit vorhanden sind, erfolgt der Abbau der Pauschalanlagen, deren Bestehen nicht nur vom Werke, sondern auch von den Konsumenten sehr unangenehm empfunden würden. Bis heute wurden etwa 24.000 Pauschalanlagen mit Zählern versehen, die restlichen 10.000 werden bis gegen Neujahr abgebaut sein.

Alles in allem müssen die Elektrizitätswerke zurzeit wöchentlich etwa 2400 Elektrizitätszähler aufstellen. Um diesem großen Zählerbedarf entsprechen können, hat die Gemeinde im laufenden Jahre bisher 78.000 Elektrizitätszähler bestellt und 8000 muß sie noch für den restlichen Jahresbedarf nachbestellen. Diese 86.000 Elektrizitätsmesser erfordern einen Kostenaufwand von 45 Milliarden Kronen und werden durchwegs in Wien hergestellt.

Die ungeheure Steigerung der Konsumentenzahl der Elektrizitätswerke, welche pro Jahr mit zirka 45.000 veranschlagt werden kann, erforderte weitgehende Vergrößerungen der Magazine für die Elektrizitätsmesser und den Ausbau der Zählerreparaturwerkstätten und Eichräume. Im Jahre 1914 war die Zahl der Konsumenten des Elektrizitätswerkes noch so gering, daß mit 6684 Zählereichungen im Jahr das Auslangen gefunden wurde. Gegenwärtig muß mit einer Leistung von 30.000, späterhin von 60.000 pro Jahr gerechnet werden und die Reparaturwerkstätte, welche erst im Vorjahre eine beträchtliche Vergrößerung erfuhr, muß neuerlich erweitert werden, zu welchem Zwecke die Unterstation Alsergrund eine Stockwerksaufsetzung erhalten soll.

Da die Zahl der Konsumenten seit dem Umsturze um bald 160.000 gestiegen ist, mußte auch das ganze Verrechnungswesen der Elektrizitätswerke umgestellt und hauptsächlich durch Einführung von Maschinen mechanisiert werden.

Die Einhebung der Rechnungen bei den Stromabnehmern wurde aufgegeben und wird jetzt durch die Postsparkasse besorgt, um Personal zu sparen und um hierin noch weiter zu gehen, soll es mit einer Neuerung versucht werden, die darin besteht, daß die Elektrizitätszähler in der Regel nicht mehr in der Wohnung, sondern auf den Gängen der Häuser angebracht werden sollen. Hiedurch entfiere die Belästigung der Kundschaft durch die Zählerablesung und könnte, was das Wichtigste ist, die Leistung der Zählerableser in einem außerordentlichen Maße gesteigert werden. Das ist naturgemäß mit Ersparnissen, also mit Verbilligung der Strompreise gleichbedeutend.

Marktverkehr auf den Gemüsegrossmärkten. Mit Rücksicht auf derzeit eintretende Dämmerung wird der Marktverkehr bis zum 31. Oktober anstatt von 5 bis 7 Uhr von 4 bis 6 Uhr abgehalten.

Wien, Mittwoch, den 17. Oktober 1923.

Die Enquete über den Donaufreihafen.

Die gestern unterbrochene Enquete über die Schaffung eines Donaufreihafens wurde heute fortgesetzt und beendet. Bürgermeister Reumann eröffnete sie um 10 Uhr vormittags.

Vizepräsident des Transitverbandes Süss führt aus, daß in diesem Verbands 90 Prozent aller Interessenten, die sich mit dem Transitverkehr befassen, organisiert seien und erklärt im Namen des Verbandes vollstes Interesse an der Schaffung eines Zollfreihafens zu besitzen. Schon vor längerer Zeit habe sich der Verband selbst mit der Ausarbeitung eines derartigen Projektes beschäftigt, jedoch sei infolge der Ungunst der Verhältnisse eine Verwirklichung und endliche Regelung aller in Betracht kommender Fragen unmöglich gewesen. Im Gegensatz zu dem Vertreter der Kammer für Arbeiter und Angestellte glaubt Herr Vizepräsident Süss betonen zu müssen, daß es notwendig sei, die bereits bestehenden Formen der Zollfreilager augrecht zu erhalten. Alle Wiener Firmen, die im Transithandel beteiligt sind, haben das grösste Interesse an der Schaffung eines Freihafens und darum begrüsst Herr Vizepräsident Süss den Plan der Errichtung eines Freihafens aufs wärmste.

Direktor der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft Ing. Hollitscher erklärt im Namen der Gesellschaft die Aktion nach bestem Kräften unterstützen zu wollen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei, Direktor Hollitscher führt weiter aus, auf die technischen und wirtschaftlichen Fragen, die über den Rahmen der Enquete hinausgehen, nicht weiter eingehen zu können und hebt hervor, daß die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und auch die anderen Schiffahrtsgesellschaften in Wien die Umschlag-einrichtungen im Laufe der letzten 25 Jahre sowohl was die Menge der Güter als auch die technische Ausgestaltung betrifft, derart ausgebaut haben, daß Wien mit diesen Einrichtungen an erster Stelle unter allen Donauhafenstädten steht. Die bereits bestehenden Umschlagplätze und Einrichtungen dürfen in wirtschaftlicher Hinsicht nicht benachteiligt werden, durch die Schaffung der neuen Donauanlagen. Ich möchte damit schließen, daß ich erkläre, daß wir unsere langjährigen und reichen Erfahrungen gerne in den Dienst der Sache stellen werden.

Der Vertreter des Wiener Bankverbandes Von der Lippe führt aus: Der Herr Bürgermeister hat in seiner Einleitung zur Enquete hingewiesen, daß es notwendig sei, alle Faktoren der Wirtschaft über ihre Meinung zu befragen. Ich erkläre nun im Namen des Bankenverbandes, daß wir die Schaffung eines Freihafens in Wien auf das lebhafteste begrüssen, besonders wenn dieser aus rein Handels- und verkehrspolitischen Gründen geschaffen wird. Es wurden gestern zwei Gruppen von Projekten vorgelegt. Die eine Gruppe großzügig und weitaus greifend, die andere etwas mehr vorsichtig. Zur ersteren Gruppe gehört vor allem das Projekt der Schaffung eines neuen Donaukanals, ein Projekt, das nach meiner Meinung nicht leicht in Verwirklichung gesetzt werden kann, wegen der ganz ungeheuren Geldmittel, die dazu notwendig wären. Wir haben gestern in diesem Zusammenhang Summen nennen gehört, die zwei- ja dreifach so groß sind, als der Betrag der zur Schaffung der Wiener Stadtbahn notwendig war. In die Gruppe der nüchteren Projekte fallen die, die sich damit befassen, bereits bestehende Anlagen zu benützen und weiter auszubauen. So hat man besonders eine umfassende Ausgestaltung des Donaukanales im Auge, den man nur allzulang als einen bloßen Hochwasser-schädling angesehen hat. Wenn aber dieser Kanal endlich auch, wozu er eigentlich bestimmt ist, Schiffe in grösserer Zahl auf seinem Rücken tragen wird, wird ganz besonders der zweite und dritte Bezirk einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren. Der Bankenverband wird jederzeit gern im Dienst der Sache stehen und hegt den Wunsch, daß das Projekt ehe-baldigst in Tat umgesetzt werde.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 17. Oktober 1923. Abendausgabe.

Eine Parteienvereinbarung über die Stimmzettel. Die christlichsoziale, sozialdemokratische und grossdeutsche Partei haben heute ein Uebereinkommen getroffen, das die Durchführung der Stimmzählung in den Wahlkommissionen am Sonntag wesentlich erleichtern wird. Es wurde vereinbart, die von diesen Parteien namhaft gemachten Mitglieder der Sprengel-, Bezirks- und Kreiswahlbehörden in Wien anzuweisen, eine Prüfung der Grössenverhältnisse der von den Parteien ausgegebenen Stimmzettel nicht vorzunehmen. Dadurch wird den Kommissionen eine grosse und meist zwecklose Arbeit erspart, die überdies nur zu Härten führen könnte. Es wäre unbillig, Stimmzettel für ungültig zu erklären, die von den Parteien selbst ausgegeben worden sind und um einige Millimeter von den vorgeschriebenen Maßen abweichen, wie das durch ein Verschneiden in den Druckereien leicht geschehen kann.

Es ist anzunehmen, dass auf Grund der Vereinbarung, deren Inhalt gewiss auch von den anderen Parteien gerne zur Kenntnis genommen wird, die Kommissionen rasch werden arbeiten können und dass Wahlergebnis, das ohnedies für zwei Vertretungskörper ermittelt werden muss, schon in den Abendstunden bekannt sein wird.
